# Entern oder kentern

## Die Piraten oder Politik in den Zeiten von Shitstorm und „Liquid Feedback“

Sven Hecker

**Entern oder kentern. Ja, natürlich, dieser Parteiname lädt förmlich ein zu mehr oder weniger amüsanten Wortspielen. Die Piraten, die mit mächtig Wind in den Segeln in den letzten Jahren den traditionellen Politikbetrieb zu entern schienen und mit dem Schlachtruf: „Klarmachen zum Ändern!“ in vier Landesparlamenten landeten. Momentan dümpeln sie bundesweit deutlich unterhalb der Fünfprozentgrenze. Manche Piraten jedoch beunruhigt das überhaupt nicht. Sie haben ja eine Mission.**

### Die Übergangspartei

Die Piraten – ist das nicht diese Internetpartei? Stimmt, da liegen ihre Wurzeln. Doch heute verstehen sich die Piraten quasi als Partei der Zukunft, angetreten, den Übergang in die Informationsgesellschaft zu moderieren. Die umfasst eben viel mehr als nur das Internet. Fast demütig spricht Martin Delius von dieser Aufgabe. Delius, der durchaus als eine Art „Muster-Pirat" gelten kann, was Alter, Herkunft und Werdegang betrifft: 28, Physiker, Softwareentwickler, ist seit Herbst 2011 Vollzeitparlamentarier im Berliner Abgeordnetenhaus – für eine „Übergangspartei"? Da müsse es ja nicht enden, sagt Delius: „Aber das ist die Aufgabe der Piratenpartei, ganz sicher: einen politischen Prozess zu moderieren, der auf allen Ebenen stattfindet. Denn die Informationstechnologie trifft jeden Themenbereich, aber auch das politische Handeln an sich."

Ob bei Bildung oder Recht, in der Kriminalitätsbekämpfung oder im Verbraucherschutz: Die Informationsgesellschaft kommt. Sie ist schon da, mit jedem Klick, jeder SMS, jedem Einkauf im Netz, mit jedem Chat, jedem Tweet, jedem Posting, jeder Mail. Dahinter stehen Technologien, die die Gesellschaft verändern, weil sie den Akteuren neue Möglichkeiten bieten, sich zu informieren, sich einzubringen und zu vernetzen.

Indes: Was das politische Handeln selbst betrifft, da ist noch vieles beim Alten. Allerdings, so räumt Steffen Wenzel ein, Gründer und Geschäftsführer von „politik-digital.de", einer Onlineplattform zur Netzpolitik: „Politik ist schneller geworden, zwangsläufig. Innerhalb einer Minute bekomme ich heute mit, was auf der Welt passiert. Früher hat das eine Stunde oder einen Tag gedauert. Heute passiert alles sofort! Wenn ich in einer Schaltzentrale bin, in einer Position, wo das alles für mich relevant ist – Hölle! Da brauche ich gute Filtersysteme. Das hat sich sehr geändert. Aber *wie* Politik gemacht wird – Gesprächskreise, Absprachen und Fraktionssitzungen, Bundestag, Bundesrat, die Machtkämpfe – das ist in 20 Jahren Internet relativ gleich geblieben."

### Politik im Netz

Inzwischen nutzen auch Politiker relativ selbstverständlich soziale Netzwerke, posten und twittern. Was dann immer mal für (analoge) Schlagzeilen gut ist: Hier ein Shitstorm für den aus den Palästinensergebieten postenden Sigmar Gabriel, dort ein „Flauschstorm" für die zuvor von der Parteibasis abgestrafte Grüne Claudia Roth. Nach der Erfahrung von Martin Delius läuft politische Kommunikation als Mittel der PR im Kontext sozialer Medien allerdings ins Leere, „denn die Menschen sind es gewohnt, einen direkten Diskurs führen zu können. Und wenn es keine Antwort über diese Kanäle mehr gibt, dann sind sie ganz schnell enttäuscht. Das heißt, ‚fire and forget', bekannt aus Radio und Fernsehen, das funktioniert hier nicht, da kriegt man keine Fanklicks. Außer den üblichen Kommentatoren, den Shistormern, die gegen alles und jeden sind, bleibt nicht viel übrig auf dem eigenen Blog. Es entwickelt sich auch kein echter Diskurs, das ist dann nicht so interessant für die Nutzer."

Die Nutzer sind heute dank Netz immer und überall „on". Sie können alles wissen und überall mitreden, im Prinzip jedenfalls. Das unmittelbare Feedback ist für Politiker gewöhnungsbedürftig. Der mündige Bürger an der Tastatur kann hier schnell auch nerven. Initiativen und Schmähkampagnen erfahren binnen Stunden ungeahnte Zustimmung. Egal ob es darum geht, eine missliebige Kapelle zu diffamieren („Kann diese Brezel mehr Fans haben als Tokio Hotel?"), die Berliner Mauer zu verteidigen oder gegen das neue Buch Thilo Sarrazins zu protestieren. Digitale Kampagnenreiter wie Campact oder Change sammeln mit Onlinepetitionen massenhafte Unterstützung, um anstehende Entscheidungen beeinflussen zu können, kurzfristig, effizient und immer wieder erfolgreich. Die Politik zeigt sich beeindruckt, rudert zurück. Doch wie demokratisch sind solche Prozesse? Netzpolitik-Experte Steffen Wenzel ist zudem skeptisch hinsichtlich der Verbindlichkeit reiner Onlinekampagnen: „Zu Guttenberg [Verteidigungsminister a. D. – Anm. d. Red.] gab es eine Unterstützergruppe bei Facebook – er

**»Die Informationsgesellschaft kommt. Sie ist schon da, mit jedem Klick, jeder SMS, jedem Einkauf im Netz, mit jedem Chat, jedem Tweet, jedem Posting, jeder Mail. Dahinter stehen Technologien, die die Gesellschaft verändern, weil sie den Akteuren neue Möglichkeiten bieten, sich zu informieren, sich einzubringen und zu vernetzen.«**

solle nicht zurücktreten. Als es dann darum ging, sich am Brandenburger Tor zu treffen, da waren von den Tausenden vielleicht zehn oder 20 dort. Das heißt, der Klick ist schnell gemacht, die Kampagne schnell unterstützt, die E-Petition online schnell unterschrieben. Ich glaube, dass das Internet zu guten Kampagnen beitragen kann – in der Organisation, in der Rekrutierung. Aber dieses Verbindlichkeitsproblem hat das Internet noch nicht gelöst: Wie schaffe ich es, diese Menschen face to face zusammenzubekommen?“

Den Piraten gelang das im letzten Jahr vor allem beim Kampf gegen ACTA. Da machten sie mobil, im Netz, aber auch auf der Straße. Das sogenannte Freihandelsabkommen ACTA sollte internationale Standards im Kampf gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen setzen. Auch wegen der massiven Proteste lehnte das EU-Parlament eine Ratifizierung schließlich ab. Hier ging es um piratische Kernthemen: Copyright, Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung. Das Problem der Piraten sei allerdings, so „politik-digital.de“-Chef Wenzel, dass sie in anderen Politikfeldern „als eigenständige Kraft noch nicht wahrgenommen werden.“

### Die Zeit der Welterklärer ist vorbei

Zum Image der Piraten als Internetnerds kam in der Vergangenheit die Kritik, zu den anderen, den „großen“ Themen programmatisch auch kaum aussagefähig zu sein. Ein anfangs faktisch berechtigter, jedoch fast garstiger Vorwurf an eine gerade entstehende Partei. Zumal in Zeiten, in denen wohl nur die wenigsten Bundestagsabgeordneten die Komplexität ihrer Entscheidungen beispielsweise in Sachen Eurokrise und Bankenrettung überblicken dürften.

Für den Berliner Piraten Martin Delius besteht ohnehin die Frage, ob Parteien in Zukunft ehrlicherweise eine Art Vollprogramm anbieten können oder sollen. Nur noch selten finde sich der Wähler in allen Punkten bei einer Partei wieder. Im Zweifelsfall greife er dann zu einem gefühlten, von Parteien oder Medien transportierten Bild: Umweltpartei, Zahnarztpartei, Arbeiterpartei. Mit den Inhalten der Parteien hat das meist nicht viel zu tun.

Davon wollen die Piraten weg. Die Zeit der sogenannten Gatekeeper sei vorbei, „Torwächter“ zu Information, zu Insiderwissen; Politiker, die dem Bürger die Welt erklären, um Akzeptanz und Legitimation beispielsweise für Großprojekte zu erlangen. Akzeptanz fördere man nicht, indem man Informationsdichte und Komplexität reduziert, sondern, indem man die Möglichkeit biete, ein möglichst weites Feld der Komplexität wahrzunehmen und abzuarbeiten.

### Zurück zur Zukunft

Das berührt das Selbstverständnis der Partei, ihre Suche nach einer Debattenkultur, die zugleich ein Modell für die neue Zeit sein kann. Denn, so sieht es Delius, die Umwälzung zu der Informationsgesellschaft ändert Kommunikationsverhalten und Ansprüche. Solche neuen Kommunikationsstrukturen versuchen die Piraten seit einiger Zeit umzusetzen. Das heißt irgendwie auch „zurück zur Zukunft“: „Dank des Netzes können wir das, was die Grünen damals wollten, überhaupt erst in realistischer Weise angehen.“ Nur nennen die Piraten das nicht Basisdemokratie, sondern „Liquid Democracy“. Flaggschiff dabei: „Liquid Feedback“ – eine Software, die Meinungs- und Entscheidungsfindung in Parteien oder Vereinen demokratischer und effizienter ermöglichen soll. Die Piraten nutzen „Liquid Feedback“, um Anträge für Programm oder Parlament zu diskutieren und zu beschließen. Taktisches Wählen, populistische Entscheidungen sollen dabei vermieden, Minderheiten geschützt werden, Mehrheiten sich selbst finden, „zusammenschieben“ – „flüssige Demokratie“ eben.

### Virtuelle Ortsvereine und „digital natives“

Kluge technische Lösungen, neue Möglichkeiten auch für die Demokratie. Für die Meinungsbildung des Volkes, an der, so die Verfassung, die Parteien mitwirken sollen. Seit Langem jedoch verzeichnen nahezu alle größeren Parteien sinkende Mitgliederzahlen. Fast ebenso lange werden durchlässigere Parteistrukturen gefordert, mehr Partizipationsmöglichkeiten auch für Nichtmitglieder. Das Netz könnte dabei helfen. Das fanden Netzaktivisten in der SPD schon Mitte der 1990er-Jahre und gründeten einen „virtuellen Ortsverein“. Doch die Spitzenfunktionäre konnten damit lange wenig anfangen. Das erinnert an die 1980er-Jahre, als die Sozialdemokraten – und nicht nur die – das Umweltthema den Grünen überließen. Damals waren die äußerlichen Unterschiede zu den alteingesessenen Parlamentariern unübersehbar, deutlicher vielleicht als heute. Auch die älteren Abgeordnetenkollegen der Piraten nutzen selbstverständlich Notebooks, Pads und Smartphones, sind im Internet unterwegs. Und dennoch ist da von einer technologischen Kluft die Rede. Weil sie keine „digital natives“ sind, nicht mit dem und im Netz groß geworden. Verstehen sie die Tiefe der Umwälzung, das Potenzial der neuen Kommunikationsstrukturen, die Gefahren?

Martin Delius stellt sich da Fragen, die weit über das politische Tagesgeschäft hinausgehen:

Wie wirkt sich ein inzwischen fast floskelhafter Satz wie: „Das Internet vergisst nie“ auf die Politik aus? Was bedeutet es, wenn ich jede Äußerung eines Politikers, aber auch meine eigene, binnen Sekunden und noch nach

Jahrzehnten wieder auffinden kann? Nicht, weil ich über ein mächtiges Zeitungsarchiv verfüge, sondern über einen Internetzugang. „Wie funktioniert dann in Zukunft ein gesellschaftliches Erinnern? Wie funktioniert dann Vertrauen, Glaubwürdigkeit im politischen Alltag? Da muss sich die Gesellschaft klar werden. Das gilt nicht nur für den politischen Kontext, sondern z. B. auch für die ‚Saufbilder' auf Facebook. Da würde ich mir wünschen, dass man nicht die, auch technisch sinnlose Variante fährt, dass man solche Bilder versucht zu löschen. Nicht versucht, Vergessen zu implementieren – in eine Gesellschaft, die kein Vergessen mehr kennt, rein technisch. Sondern mit dem Erlebten umgehen zu lernen und Fehler der Vergangenheit Menschen und Politikern nicht mehr vorzuwerfen, so sie denn dazu stehen, so das nachvollziehbar ist."

Vertrauen wird, so Delius, in den Zeiten des Internets neu definiert – durch Nachvollziehbarkeit: „Das ist etwas, was in den politischen Prozess einfließen muss." Er spricht aus Erfahrung. Sein unbedachter und schnell zurückgenommener Vergleich des Aufstiegs der Piraten mit dem der NSDAP hat für Schlagzeilen gesorgt, die natürlich nachzulesen sind.

### Schöne neue Parallelwelten

Anderes fließt schon ein in den politischen Prozess und kollidiert dort mit dem traditionellen Demokratie- und Rechtsverständnis. Wirft Fragen auf, die schlaglichtartig die Lücke klarmachen zwischen den sich schnell verändernden Kommunikationsmöglichkeiten und den bestehenden Verordnungen und Gesetzen zur Lenkung des herkömmlichen Politikbetriebs.

Sind beispielsweise die SMS, mit denen sich Kanzlerin Angela Merkel und SPD-Chef Sigmar Gabriel über die Wahl des neuen Bundespräsidenten verständigt haben, nicht sehr entscheidende Dokumente? Gehören sie als solche nicht in das offizielle Protokoll?

Oder: Wie ordnet man die öffentlichen Twitterkommentare ein, die Parlamentarier des Berliner Abgeordnetenhauses über die laufende Debatte machen? Ein Problem, das dessen Präsidium, in dem auch Pirat Delius sitzt, beschäftigt: „Der Präsident sagt, das sei eine Schatten- oder Parallelwelt für ihn und dass er den Diskurs auf Twitter während der Debatte für schädlich für die Willensbildung hält. Das sehen wir natürlich anders. Wir empfinden das als Bereicherung. Ich denke allerdings, dass Twitterkommentare als öffentliche Meinungsäußerung vom Parlament nicht bewertet werden dürfen. Es gibt aber auch andere Ideen, z. B. dass man die Tweeds ins Plenarprotokoll zur entsprechenden Zeit einordnet [...]. Man sieht, dass die Strukturen des politischen Diskurses nicht auf diese neue Welt vorbereitet sind."

Dennoch, einiges hat sich geändert. Auch weil Piraten und Netzaktivisten anderer Parteien ihre Themen auf die Tagesordnung setzen: „Wir streiten in diesem Parlament inzwischen genauso oft über die Funkzellenabfrage, den Staatstrojaner oder Vorratsdatenspeicherung wie über das Schulessen, die ausreichende Finanzierung von Lehrkräften, Kriminalitätsstatistiken oder Polizeistellen. Man merkt, dass einfach eine andere Ausrichtung da ist."

### Transparenz, Textwüsten und der Luxus, Zeit zu haben

Gestritten haben die Piraten auch untereinander, angemessen modern und öffentlichkeitswirksam: Beschimpfungen via Twitter oder SMS. Transparenz, vor allem damit wollten die Piraten die Politik entern und ändern. Nun gibt es im Berliner Abgeordnetenhaus einen Ausschuss, der regelmäßig live per Audiostream übertragen wird – der Ausschuss, den die Piraten in das Parlament eingebracht haben, dem sie nun auch vorsitzen: „Informationsfreiheit, Datenschutz und digitale Verwaltung". Um den Livestream von der eigenen Fraktionssitzung hat es anfangs einigen Wirbel gegeben, auch innerhalb der Partei. Genau genommen sind es ein Livestream und ein Liveprotokoll mit Chat, in den sich Gäste einklinken können. Nur das allein sichert dem interessierten Besucher noch keinen Durchblick: „Wir haben auch gemerkt, dass es zur Transparenz dazugehört, dass wir das weiter aufarbeiten. Dass eine Textwüste nicht hilft und ein Livestream, der drei Stunden lang ist, auch nicht. Dort arbeiten wir jetzt auf, differenzieren aus, führen Medien zusammen: Text zu Audio und zu Bild. Greifen auch einzelne Stücke raus, um sie zu präsentieren. Klar, das ist nun wieder in Richtung PR. Wir versuchen aber auch, Schnittstellen zu schaffen, die – im Sinne von Open Data – für alle zugänglich sind."

Komplexes nicht reduzieren, sondern erschließbar machen. Ein hoher Anspruch, auch an den Nutzer. Und was, wenn die Piraten an einem anderen, ebenso hohen Anspruch scheitern, der Fünfprozenthürde bei der Bundestagswahl im Herbst? Sind die Piraten und ihr Projekt dann gescheitert, gekentert, auf Grund gelaufen? Martin Delius bleibt da ziemlich gelassen:

„Sie werden kleiner, sie werden geordneter und sie werden weitermachen. Das Projekt ist langfristig angelegt: Die Moderation eines gesellschaftlichen Prozesses, ob nun inner- oder außerhalb des Parlaments. Es tut der Piratenpartei ganz gut, sich darauf zu besinnen und nicht von Wahl zu Wahl zu denken. Das ist ja das, was wir an anderen Parteien kritisieren. Im Prinzip haben wir Zeit oder anders: Die Zeit ist auf unserer Seite."

Die Piraten als Hippies verkleidet. Zeit zu haben in einer Welt, die sich immer schneller zu drehen scheint – das klingt provokativ und verlockend zugleich.

Sven Hecker lebt und arbeitet als freier Journalist in Berlin. Seine Schwerpunkte sind Alltags- und Zeitgeschichte sowie Politik.